



Presseinformation

04. Dezember 2011

BUND und NABU fordern ernsthafte Maßnahmen für den Klimaschutz und einen gelenkten, naturverträglichen Ausbau der Windkraft in der Region Westerwald-Mittelrhein

Angesichts des weiter steigenden CO₂-Ausstoßes und des immer bedrohlicheren Klimawandels sprechen sich der Bund für Umwelt- und Naturschutz BUND Altenkirchen, Westerwald und Koblenz (BUND), der Naturschutzbund Deutschland (NABU) sowie die Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie (GNOR) für ernsthafte Maßnahmen für den Klimaschutz und eine wirkliche Energiewende als Alternative zu Atom und Kohle aus.

„Dies ist bisher leider weder bei der Bundesregierung noch bei den regionalen Politikern zu erkennen. Vorrang müssen Energieeinsparung und Effizienz haben. Die beste und umweltfreundlichste Energieform ist die, die gar nicht verbraucht wird. Insbesondere der Bau-, Wohn- und Verkehrsbereich dürfen nicht länger vernachlässigt werden, dies sind die Sektoren mit den höchsten Einsparmöglichkeiten, aber gerade hier wird die Förderung gekürzt. Die Klimaziele sind so nicht zu erreichen“, so Egbert Bialk vom BUND Koblenz und Landessvorstand Rheinland-Pfalz.

Auch bei der Umstellung auf erneuerbare Energien sehen die beiden Umweltverbände deutlichen Korrekturbedarf, auch aus Naturschutzgründen. Wer für Biogas Maismonokulturen anbaut, zerstört Böden und die biologische Vielfalt.

Die beiden Umwelt- und Naturschutzverbände unterstützen das politische Ziel der Landesregierung, zu einer Verhundertfachung der Windenergie zu kommen. Allerdings fordern sie, dass dieser Ausbau gelenkt vor sich gehen muss, weil sonst sowohl die Lebensqualität der Menschen als auch die Lebensräume für viele Tierarten gefährdet sind.

„Derzeit ist auch im Westerwald eine Art „Windhundpolitik“ zu erkennen, die mit einer gesteuerten Planung auf Vorranggebieten und Konzentrationsflächen sowie mit notwendigen Ausschlusskriterien nichts zu tun hat. Hierbei bleibt nicht nur der Natur- und Artenschutz auf der Strecke, sondern auch die demokratische Beteiligung der Bürger. Die aktuelle Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes durch die Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald fördert diese „Goldgräberstimmung“ noch, da sie die Entwicklung alleine den Kommunen überlässt, die mit der Bauleitplanung überfordert sind. Wir gewinnen den Eindruck, dass es nicht mehr um Ökolo-

gie geht, sondern nur noch um Ökonomie und Rendite“, erklären Harry Neumann, BUND Westerwald, Ernst-Gerhard Borowski, BUND Altenkirchen und Egbert Bialk, BUND Koblenz und Landesvorstand Rheinland-Pfalz.

Für die Lenkung erachten die Verbände eine qualifizierte Planung von Vorrang- und Ausschlussgebieten für Windenergieanlagen auf der Ebene der Regionalplanung für dringend erforderlich. *„Die Entscheidung über Windkraftstandorte alleine den Kommunen zu überlassen, führt zu einem unkoordinierten Auswuchs und zu einer unzumutbaren Überprägung der Westerwälder Landschaft. Dabei besteht die Gefahr, dass Mensch und Natur zu kurz kommen. Wir wollen nicht, dass der Schutz der Atmosphäre gegen den Schutz der Biosphäre ausgespielt wird“,* betont Roger Best vom NABU Naturschutzzentrum Westerwald.

Für die Verfünfachung der Windenergie sind etwa 2% der Landesfläche erforderlich. Diese Flächengröße sollte deshalb in den Regionalplänen menschen- und naturverträglich ausgewählt und als Vorrangfläche ausgewiesen werden. Die Verbände fordern weiterhin, dass die Empfehlungen des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) zur Errichtung von „Windenergieanlagen im Wald“ Berücksichtigung finden.

„Mit einem solchen Vorgehen können wir Aspekten sowohl der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger als auch des Fledermaus- und Vogelschutzes Rechnung tragen, ohne das Ausbauziel zu gefährden“, erklärt Prof. Dr. Klaus Fischer von der Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie (GNOR) Rheinland-Pfalz.

In folgenden Gebieten lehnen BUND und NABU Windenergieanlagen ab:

- in einem 1-km-Radius um Ortschaften
- in NATURA2000-Gebieten (FFH und Vogelschutzgebiete) wie z.B. dem Truppenübungsplatz Daaden (Stegskopf)
- in Naturschutzgebieten
- in Kernzonen der Naturparke
- in Kernzonen von Biosphärengebieten jeweils als Landesvorgabe
- in Kernzonen von Nationalparks jeweils als Landesvorgabe
- in naturnahen Wäldern mit alten Bäumen, in denen Fledermäuse einen Lebensraum finden. Dies wird so auch vom Bundesamt für Naturschutz gefordert.
- in großen, noch windkraftfreien Wäldern wie dem z.B. dem Giebelwald
- in Vogelzugkorridoren

„Solche eindeutigen Planungsvorgaben helfen, Konflikte bei der Planung und Erstellung von Windkraftanlagen zu vermeiden. Wir werden auch im Westerwald darauf achten, dass bei dem notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien der Schutz der Natur, der Menschen und der Landschaft nicht unter die Räder kommt, z.B. in Westerburg, Hachenburg, Puderbach, Bad Hönningen, Unkel, am Truppenübungsplatz Daaden (Stegskopf) sowie im Giebelwald“, erklären die Vertreter aller drei Verbände.

Zudem sind ausreichend konfliktarme Flächen vorhanden, um das Ausbauziel zu erreichen. Ohne Not dürfen keine naturschutzbedeutsamen Räume überplant werden, zumal nach den Berechnungen des Fraunhofer Institutes keine Natura2000-Gebiete erforderlich sind.

BUND und NABU fordern zudem eine frühzeitige und echte Beteiligung der Bürger und der Umweltverbände im Planungsprozess. „*Werden die Hinweise der Bürgerinnen und Bürger sowie der örtlichen Umweltverbände in der Planung berücksichtigt, können mögliche Konflikte von vornherein umgangen und die am besten geeigneten Standorte für die Windkraft genutzt werden*“, erklären Ernst-Gerhard Borowski, BUND Altenkirchen, Harry Neumann, BUND Westerwald und Egbert Bialk vom BUND Landesvorstand.

„*Diese Rahmenbedingungen müssen bei der Novellierung des Landesentwicklungsprogramms durch die Landesregierung eindeutig und belastbar vorgegeben werden. Hier wird sich unserer Ansicht nach zeigen, ob es die Landesregierung wirklich ernst meint mit dem Schutz der Umwelt und Natur*“, erklärt abschließend Wolfgang Stock, BUND Altenkirchen.

Für Rückfragen:

BUND Westerwald, Harry Neumann Telefon 02626-926441
BUND Altenkirchen, Ernst-Gerhard Borowski, Telefon 02741-23331
BUND Altenkirchen, Wolfgang Stock, Telefon 02734-60246
BUND Koblenz, Egbert Bialk & Landessvorstand Rheinland-Pfalz,
Telefon 0261-94249722
NABU Naturschutzzentrum Westerwald, Roger Best, Telefon 02602-970133 &
Telefon 02603-506391
GNOR, Prof. Dr. Klaus Fischer, Westerburg, c/o Universität Greifswald
Telefon 03834-864266

